

# **SACHVERSTÄNDIGENAUSSCHUSS**

*Haus der Europäischen Geschichte*



## **Konzeptionelle Grundlagen für ein Haus der Europäischen Geschichte**

Manuskript abgeschlossen im Oktober 2008

*Gedruckt in Brüssel, Belgien*

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
Konzeptionelle und museale Grundlagen.....	7
Inhaltliche Grundlinien der Dauerausstellung .....	11
Ursprünge und Entwicklungen Europas bis zum Ende des 19. Jahrhunderts.....	11
Das Europa der Weltkriege.....	15
Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.....	18
Fragen an die europäische Zukunft .....	26
Ausblick.....	27
Die Mitglieder des Sachverständigenausschusses .....	29



Mitglieder des Sachverständigenausschusses auf der konstitutiven Sitzung des Gremiums mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, und dem Generalsekretär des Europäischen Parlaments, Harald Rømer. Von links nach rechts: Giorgio Cracco, António Reis, Mária Schmidt, Włodzimierz Borodziej, Hans Walter Hütter, Marie-Hélène Joly, Matti Klinge, Michel Dumoulin. Auf dem Foto nicht vertreten: Ronald de Leeuw.

*„Ich möchte einen Ort der Erinnerung und der Zukunft anregen, an dem das Konzept der Idee Europas weiter wachsen kann. Ich möchte den Aufbau eines „Hauses der Europäischen Geschichte“ vorschlagen. Es soll [...] ein Ort sein, der unsere Erinnerung an die europäische Geschichte und das europäische Einigungswerk gemeinsam pflegt und zugleich offen ist für die weitere Gestaltung der Identität Europas durch alle jetzigen und künftigen Bürger der Europäischen Union.“*

*Der Präsident des Europäischen Parlaments,  
Prof. Dr. Hans Gert Pöttering, MdEP*

*13. Februar 2007*

## **Vorwort**

1. „Ich möchte einen Ort der Erinnerung und der Zukunft anregen, an dem das Konzept der Idee Europas weiter wachsen kann. Ich möchte den Aufbau eines „Hauses der Europäischen Geschichte“ vorschlagen. Es soll [...] ein Ort sein, der unsere Erinnerung an die europäische Geschichte und das europäische Einigungswerk gemeinsam pflegt und zugleich offen ist für die weitere Gestaltung der Identität Europas durch alle jetzigen und künftigen Bürger der Europäischen Union.“ Der Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans Gert Pöttering MdEP, initiierte mit diesen Worten in seiner Programmrede am 13. Februar 2007 die Einrichtung eines „Hauses der Europäischen Geschichte“.
2. Nach ausführlicher Diskussion hat das Präsidium des Europäischen Parlaments diese Initiative einstimmig begrüßt und eine Sachverständigenkommission einberufen, die ein Konzept für das Haus der Europäischen Geschichte erarbeiten soll. Diese Kommission bestand aus neun Mitgliedern – Historikern und Museumsexperten – aus verschiedenen Ländern Europas. In mehreren Arbeitssitzungen in Brüssel entstand das vorliegende Konzeptpapier, das am 15. September 2008 im Konsens verabschiedet wurde.
3. Die Mitglieder der Expertenkommission unterstreichen: Ein herausgehobenes Ziel des Hauses der Europäischen Geschichte ist, die Kenntnisse der Europäer aller Generationen über ihre eigene Geschichte zu vertiefen und so zu einem besseren Verständnis der Entwicklung Europas in Gegenwart und Zukunft beizutragen. Die Einrichtung soll zu einem Ort werden, an dem die europäische Idee lebendig wird.
4. Die Grundlinien der europäischen Geschichte müssen dargelegt werden, um die jüngere Historie und die Gegenwart verstehen zu können. Auf der Grundlage der historischen Erfahrungen und Wirkungen sollen die Gründung und Entwicklung der europäischen Institutionen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutlich werden. Die Ausstellung soll die Vielfalt der europäischen Geschichte ebenso veranschaulichen wie die Gemeinsamkeit der Wurzeln.
5. Die Idee und Bereitschaft, sich in supranationalen Institutionen auf europäischer Ebene freiwillig zusammenzufinden, prägt die jüngste Geschichte des Kontinents. Die weitgehende Überwindung von Nationalismen, Diktatur und Krieg, zugleich seit den 1950er Jahren der Wille, auf europäischer Ebene in Frieden und Freiheit zusammenzuleben, die supranationale Union mit zivilem Charakter, sollen herausgehobene Botschaften des Hauses der Europäischen Geschichte sein. Die Ausstellungen sollen verdeutlichen, dass ein vereintes Europa auf Basis gemeinsamer Werte in einer Welt des Fortschritts in Freiheit friedlich zusammenleben kann. Zu einer weitergehenden Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungsprozessen im vereinten Europa soll das Haus der Europäischen Geschichte anregen.
6. Es ist der Auftrag der Europäischen Union, zur Verbesserung der Kenntnis und der Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker beizutragen (Artikel 151 EG-Vertrag).



## **Konzeptionelle und museale Grundlagen**

7. Das Haus der Europäischen Geschichte soll als modernes Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum errichtet werden. Es soll sowohl über eine Dauerausstellung zur europäischen Geschichte mit einer Ausstellungsfläche von bis zu 4.000 Quadratmetern verfügen als auch über Räumlichkeiten für die Präsentation von Wechsausstellungen. Ferner wird die Einrichtung eines Informationszentrums vorgeschlagen, in dem den Besuchern vertiefende Informationen über die europäische Vergangenheit und Gegenwart angeboten werden. Veranstaltungen und Publikationen können diese Angebote ergänzen.
8. Wichtig für den Erfolg der Einrichtung sind vielfältige Faktoren, die aufeinander abgestimmt sein müssen:
9. Die wissenschaftliche Unabhängigkeit und die Objektivität der Darstellung stehen an erster Stelle. Der Expertenkommission ist es ein besonderes Anliegen, dass wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse und Methoden das Fundament der Arbeit des Hauses der Europäischen Geschichte bilden. Die Wahrhaftigkeit der Darstellung ist unabdingbare Voraussetzung für die Akzeptanz der Einrichtung in der Fachwelt und bei den Besuchern. Die multiperspektivische und offene Darstellung historischer Fakten und Prozesse ist notwendig, um auf dieser Basis den Besuchern ein eigenes Urteil zu ermöglichen und sie zur Diskussion anzuregen. Garant für diese Unabhängigkeit kann ein hochrangig besetzter Wissenschaftlicher Beirat aus Fachwissenschaftlern und Museumsfachleuten sein, der die Arbeit begleitet.
10. Ferner ist die institutionelle Selbständigkeit der Trägereinrichtung des Hauses der Europäischen Geschichte wesentliche Grundlage für ein erfolgreiches und glaubwürdiges Konzept.
11. Die Einrichtung versteht sich vornehmlich als Vermittlungsinstanz. Sie steht als Medium zwischen der Fachwissenschaft und der breiten Öffentlichkeit. Neueste museologische Erkenntnisse müssen bei Aufbau und Betrieb berücksichtigt werden. Umfangreiche museumspädagogische Angebote, die sich auf eine heterogene Besucherschaft einstellen müssen, sind zu entwickeln und anzuwenden. Auch wenn die Wissenschaftlichkeit als Basis der Arbeit von großer Bedeutung ist, soll das Haus der Europäischen Geschichte keine fachwissenschaftliche Grundlagenforschung im engeren Sinne betreiben.
12. Der Sachverständigenausschuss plädiert jedoch dafür, als zusätzliches Angebot am Haus der Europäischen Geschichte eine Begegnungsstätte für junge Wissenschaftler einzurichten, die sich mit Themen der europäischen Geschichte beschäftigen. Diese Begegnungsstätte trägt nicht nur zur Lebendigkeit der Einrichtung bei, sondern bindet auch junge Talente aus ganz Europa an dieses Haus.
13. Das Haus der Europäischen Geschichte wendet sich an Europäer aus allen Regionen des Kontinents und aus allen Alters- und Bildungsschichten. Diese breite Zielgruppe erfordert, dass die zu erarbeitenden Ausstellungen keine umfassenden Kenntnisse ihrer Besucher voraussetzen dürfen. Ihr Zielpublikum sind vor allem interessierte Laien.
14. Eine chronologisch orientierte Narration hilft der antizipierten Zielgruppe, historische Ereignisse und Prozesse zu verstehen. Chronologie einschließlich notwendiger Rück- und Überblicke erleichtert die räumliche und zeitliche Zuordnung der jeweiligen Ereignisse und Entwicklungen. Auf diese Weise wird ein Rahmen geschaffen für die

vielfältigen Objekt-, Text- und Medienelemente, mit denen Geschichte im Museum präsentiert wird.

15. Folglich sollte das Haus der Europäischen Geschichte insgesamt eine Einrichtung sein, die in allen Arbeitsbereichen auf die Belange der Besucher ausgerichtet ist. Dies gilt u. a. für die Mehrsprachigkeit der Ausstellungstexte und der audiovisuellen Angebote. Ausstellungsdidaktik und -gestaltung müssen auch die in allen europäischen Ländern spezifischen demografischen Wandlungsprozesse berücksichtigen. Bewusste Besucherorientierung und regelmäßige Überprüfung dieser Grundsatzentscheidung durch kontinuierliche Evaluationen sind weitere bestimmende Faktoren für die Arbeit des Hauses der Europäischen Geschichte.
16. Das Haus der Europäischen Geschichte soll darüber hinaus Wechsel- und Wanderausstellungen erarbeiten. Die Wanderausstellungen bieten vor allem die Möglichkeit, Menschen in allen Teilen Europas und darüber hinaus zu erreichen.
17. Zur Attraktivität des Hauses der Europäischen Geschichte sollen neben den Ausstellungen sowohl themenbezogene Veranstaltungen mit europäischem Bezug als auch eigene Publikationen beitragen. Ein modernes Museum muss im 21. Jahrhundert zudem im Internet mit einem umfangreichen Angebot vertreten sein.
18. Wesentliche Bedeutung hat der Aufbau einer eigenen Museumssammlung. Der Zugriff auf eigene Sammlungsbestände ist unerlässlich, um visuell attraktive Dauer-, Wechsel- und Wanderausstellungen zu erstellen. Gleichzeitig hilft die Sammlung, das Haus der Europäischen Geschichte in den internationalen Leihverkehr einzubinden und ihm hier einen signifikanten Stellenwert zu sichern. Beim Aufbau der Sammlung ist darauf zu achten, dass der Schwerpunkt spezifisch europäische Aspekte der Geschichte beachtet. Duplizierungen bereits vorhandener nationaler Sammlungen sind zu vermeiden.
19. Die zentrale Lage des Hauses der Europäischen Geschichte ist für den Erfolg der Einrichtung unabdingbar. Es soll eingebettet sein in den Strom der Besucher zu den europäischen Institutionen. Eine enge Vernetzung mit den Angeboten am Ort der europäischen Einrichtungen ist ebenso erstrebenswert wie die Einbettung des Hauses in die europäische Museumslandschaft.
20. Unerlässlich für Leistung und Erfolg des Hauses der Europäischen Geschichte ist die kontinuierliche Finanzierung dieser Einrichtung. Nicht nur Aufbau und Ersteinrichtung werden Mittel binden, sondern ebenso der Dauerbetrieb. Auch nach der Eröffnung fallen Aufwendungen an, um die Einrichtung für die Besucher attraktiv zu halten. Die kontinuierliche Fortentwicklung der Ausstellungen und der musealen Infrastruktur sind Grundlage für die fortwährende Akzeptanz der Einrichtung.
21. Da das Haus der Europäischen Geschichte der politischen Bildung aller Menschen dienen soll, plädiert die Expertenkommission dafür, dass der Eintritt in das Haus der Europäischen Geschichte kostenlos ist.
22. Die Dauerausstellung des Hauses der Europäischen Geschichte, das Herzstück des neuen Museums, soll in ihrem Schwerpunkt auf einer Fläche von bis zu 4.000 Quadratmetern die europäische Geschichte vom Ersten Weltkrieg bis in die Gegenwart präsentieren. Rückbezüge auf die Wurzeln des Kontinents und das europäische Mittelalter sowie die Neuzeit sind in geringerem Umfang notwendig, um das Verständnis für Gegenwart und Zukunft zu erhöhen. Der Bezug zur Gegenwart ist von großer Bedeutung für den Erfolg des neuen Museums, da er zum einen dessen Aktualität dokumentiert und zum anderen den unmittelbaren Bezug zum täglichen Leben der Besucher unterstreicht. Zudem bietet die Anbindung an die Gegenwart die



Möglichkeit, auch kurzfristig wichtige europabezogene Veränderungen und Entwicklungen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur aufzugreifen.

23. Die Dauerausstellung soll nicht die Summe nationaler oder regionaler Geschichten Europas abbilden, sondern sich vielmehr auf europäische Phänomene konzentrieren. Die Friedensphase seit Ende des Zweiten Weltkrieges soll hierbei eine herausgehobene Rolle spielen. Dabei ist zu beachten, dass die Vielfalt Europas das eigentliche Signum des Kontinents ist. Diese Heterogenität sowie die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen stellen große Herausforderungen an den Aufbaustab und an die Ausstellungsgestalter. Gleichwohl bieten diese Aspekte auch Anknüpfungspunkte für die unterschiedlichen Besucher. Die Einbindung von biografischen Elementen soll angesichts der erwarteten heterogenen Besucherstruktur den Zugang zu den vielfältigen europäischen Themen und Prozessen erleichtern. Die Lebensläufe berühmter Europäer und Europäerinnen einerseits und unbekannter Bewohner des Kontinents andererseits bieten die Möglichkeit zur verstärkten Auseinandersetzung mit den jeweiligen Zeitumständen. Lebensweltliche Aspekte müssen eine wichtige Rolle in der Ausstellung spielen.
24. Die Attraktivität der Dauerausstellung wird wesentlich abhängen von den ausgestellten Objekten, deren auratische Kraft neben dem kognitiven auch den affektiven Zugang zu den historischen Fragestellungen erlauben soll. Doch ohne Kontextualisierung der Exponate bleibt der Zugang zu deren Bedeutung verstellt. Der gezielte Einsatz audiovisueller Medien ist in diesem Zusammenhang selbstverständlich. Bei zeithistorischen Ausstellungen ist es unerlässlich, Film- und Tondokumente einerseits als Originalquellen, andererseits unter ausstellungsdidaktischen Prämissen zu nutzen. Moderne audiovisuelle Medien dynamisieren die Ausstellung und erleichtern die Rezeption vor allem für die jüngere Generation. Ein narrativer Ausstellungsansatz ist nahe liegend, um sowohl die kognitive als auch die affektive Auseinandersetzung mit den Themen der Dauerausstellung zu ermöglichen.
25. Abschließend sei darauf hingewiesen, dass turnusmäßige Überarbeitungen der Dauerausstellung die Akzeptanz und Attraktivität des Hauses der Europäischen Geschichte auch mittel- und langfristig sicherstellen können.
26. In Anbetracht der großen Herausforderungen, die vom Aufbaustab zu meistern sind, erscheint eine mögliche Eröffnung im Sommer 2014 als ehrgeizige Zielsetzung, die bei guter Zusammenarbeit aller Beteiligten zu erreichen sein sollte.



## **Inhaltliche Grundlinien der Dauerausstellung**

### **Ursprünge und Entwicklungen Europas bis zum Ende des 19. Jahrhunderts**

27. Formen höherer, bereits „europäischer“ Kultur entwickelten sich im Rahmen des Handels im östlichen Mittelmeerraum und am Schwarzen Meer, Regionen, die für die Landwirtschaft nicht fruchtbar genug waren, aber für die Entwicklung der Schifffahrt und das Entstehen kleiner Staaten anstelle der großen, landwirtschaftlich geprägten Staaten im Umkreis des Nils, des Euphrats und des Tigris' bessere Voraussetzungen boten.
28. Das Phänomen der Kolonisation belegt die Bedeutung einer der wichtigsten Triebkräfte der europäischen Geschichte – der durch Überbevölkerung verursachten Migration. Die Wanderungsbewegungen drängten die Menschen zur Erkundung neuer Landstriche und führten zur Entwicklung einer mächtigen Militärkultur, die der Eroberung und Erhaltung der Kolonien diente. Die Städte beziehungsweise Stadtstaaten in der Ägäis expandierten zum Beispiel mit Hilfe der weithin im Mittelmeerraum und am Schwarzen Meer verbreiteten Kolonien.
29. Das Phänomen der Migration und der Kolonien taucht in der europäischen Geschichte häufig auf, entweder in Form kriegerischer Feldzüge oder als massenhafte Kolonisation. Binneneuropäische Wanderungen sind ebenso von Bedeutung wie auch die Kolonisation außereuropäischer Kontinente.
30. Schon immer galt das Interesse der Europäer den Reichtümern Indiens und Chinas und den dahin führenden Wegen, und zwar schon zu Zeiten Alexanders des Großen, während des Römischen Reiches einige Jahrhunderte später, während der „Kreuzzüge“ nach dem Jahr 1000 sowie im Zuge der Errichtung von Kolonialreichen vor allem durch Frankreich, England, Portugal und Holland seit dem 16. Jahrhundert, die zum Teil bis in die 1970er Jahre bestanden. Die Kolonialreiche Spaniens und Portugals erstreckten sich größtenteils zunächst auf Amerika, das russische Reich auf Sibirien und Zentralasien.
31. Der griechisch-römische Raum brachte seit dem 5. Jahrhundert vor Christus eine hoch entwickelte Kulturform hervor, die die Grundlage für die philosophische, literarische, legislative und staatliche Entwicklung der europäischen Kultur, wie sie heute besteht, bildet und die im Rahmen von „Renaissancen“ mehrfach wiederbelebt wurde. Diese Epoche währte ein Jahrtausend lang. Ihre Hauptsprachen, das Griechische und das Lateinische, bilden die grammatische, lexikalische und semantische Basis für fast alle anderen europäischen Sprachen.
32. Im 16. Jahrhundert führten die „Renaissance“ der Antike und das neue Informationsmedium Buch zu einer bemerkenswerten Relatinisierung des Französischen und anderer romanischer Sprachen, während ein großer Schatz neuer Worte die lateinische Kultur in die germanischen, finnischen und slawischen Sprachen überführte. Das „gereinigte“ Latein bewahrte sich überall in Europa bis ins 20. Jahrhundert eine wichtige Rolle im Universitäts- und Schulsystem sowie in der katholischen Kirche. Es hatte einen großen, vor allem semantischen und terminologischen Einfluss auf alle Landessprachen in ihrer schriftlichen Form. Später wurde die universelle Rolle des Lateinischen insbesondere im 18. Jahrhundert in der französischen Sprache neu belebt, begleitet von einem starken lexikalischen Einfluss auf das Deutsche, Russische und Schwedische sowie andere Sprachen. Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts haben Griechisch und Latein dank der biologischen Forschung und

- der Innovationen im technischen Bereich, deren Termini fast alle ihre sprachlichen Wurzeln im Griechischen oder Lateinischen haben, ihre Position erneut stärken können.
33. Dem Schul- und Hochschulsystem kommt durch die Ausbildung von Führungseliten eine wesentliche Rolle bei der Schaffung der kulturellen Einheit Europas zu, die sich seit dem Mittelalter, dem 12. und 13. Jahrhundert, vollzog. Dieses System beruht auf der Art, lateinisch zu denken und zu schreiben, und der Kunst zu argumentieren und zu kritisieren. Auch die Dogmen der christlichen Religion waren Gegenstand oft heftiger Streitgespräche. Seit dem 17. Jahrhundert, mit dem Auftreten von Akademien, befreiten sich Denken und Schreiben von kirchlicher Kontrolle, wenngleich verschiedene Formen der moralischen und politischen Zensur in mehreren Ländern weiterhin Bestand hatten.
  34. Asiatische Einflüsse waren vor allem im religiösen Bereich spürbar. Die christliche Religion bildete sich seit dem 4. Jahrhundert nach Christus als eine Mischung aus jüdischer (semitischer) Tradition und kirchlicher Organisation heraus. Diese Organisation teilte sich bereits vor dem Jahr 1000 in einen griechischen Zweig, der Konstantinopel und das griechisch-römische Reich und später insbesondere Russland umfasste, und in einen lateinischen Zweig, der vom Papsttum geprägt war und von Rom aus geführt wurde, wo Lateinisch gesprochen und vor allem geschrieben wurde. Die fortwährenden asiatischen Invasionen betrafen vor allem den östlichen Teil und erreichten im 14. und 15. Jahrhundert mit der Unterwerfung Russlands und der Kapitulation Konstantinopels vor den Türken im Jahr 1453 ihren Höhepunkt. Die lang andauernde türkische Vorherrschaft auf dem Balkan und in der Schwarzmeerregion übte starken Einfluss auf die europäische Geschichte aus, zunächst auf Österreich und Russland, später aber auch in Frankreich und Großbritannien, die ständig nach Einflussnahme im Nahen Osten und auf den Weg nach Indien strebten. Die ethnisch-religiös motivierten Kriege auf der Balkanhalbinsel dauern bis in die Gegenwart.
  35. Im 4. Jahrhundert begann der allmähliche Niedergang des Weströmischen Reichs. In der Römischen Kirche lebte der Einheitsgedanke partiell weiter und ließ etwa um 800 ein neues Reich mit europäischer Dimension unter Karl dem Großen entstehen – und zwar als Prinzip einer politischen Einheit, das formal bis zum Jahr 1806 existierte.
  36. Im Mittelalter entwickelten sich kirchliche und die staatliche Organisation lange Zeit parallel, indem militärische, gesellschaftliche und bildungspolitische Systeme entstanden, die sich vor allem über Formen der Besteuerung strukturierten. Klöster übernahmen eine bedeutende Rolle im gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Neben der Gliederung Europas in Bistümer, Lehensgüter, Fürstentümer und Grafschaften entstanden unabhängige, von Mauern umgebene Städte, die sich häufig zu Städtebündnissen zusammenschlossen, hauptsächlich in Italien, den Niederlanden und in Deutschland, wo die Hanse das wichtigste Städtebündnis war.
  37. Das westliche Christentum breitete sich allmählich nach Norden und Osten aus. So belegte das lateinische Alphabet die kirchliche, kulturelle und politische Zugehörigkeit Polens, Ungarns, Kroatiens, der baltischen Staaten sowie Schwedens/Finnlands zum Westen, während Russland, Serbien, Bulgarien, Griechenland und einst Rumänien die griechische Schrift hauptsächlich in ihrer slawischen, kyrillischen Form beibehielten, die mit der griechisch-orthodoxen Religion verbunden ist.
  38. Über tausend mittelalterliche Kathedralen (Bischofskirchen), von denen der größte Teil fast überall in Westeuropa erhalten ist, zeugen von der Bedeutung sowie der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Macht des klerikalen Systems, auch vom außerordentlich hohen Niveau der Architektur und Baukunst, der bildenden Künste und der Musik in jener Epoche zwischen 1000 und 1500 nach Christus. Darauf folgt die Zeit

der Residenz-Schlösser wie Versailles in Frankreich, der Petershof in Russland sowie die urbanen Bauten mit ihren Festungen und Mauern.

39. Die Einteilung der Menschen in die Stände des Klerus, des Adels, des städtischen Bürgertums und der Bauernschaft sowie der Dienerschaft wurde lange Zeit als natürliche und gottgegebene Ordnung angesehen. In allen Teilen Europas bildeten sich aufgrund der Lebensweise beziehungsweise der jeweiligen Identität als Adel oder Bürgertum, als bäuerliche Bevölkerung und später als Industriearbeiter, Beamtschaft usw. ähnliche Kulturen heraus. Dies fand seinen Niederschlag in der Art sich zu kleiden, zu essen, dem Interesse und dem Gefallen an der Musik und anderen Künsten.
40. Die westliche Christenheit spaltete sich im 16. Jahrhundert in die katholische Kirche und die protestantischen Konfessionen, zum Beispiel solche, die vom Calvinismus inspiriert wurden und die in Frankreich, den Niederlanden, in der Schweiz und in Schottland Gruppen oder unabhängige Kirchen gründeten. Die Kirchen lutherischen Bekenntnisses wurden in mehreren deutschen Ländern, in Dänemark (/Norwegen, Island) und Schweden (/Finnland) und dem heutigen Estland und Lettland zu Staatskirchen. Die Ostseeanrainer spalteten sich: Norddeutschland, Dänemark, Schweden, Finnland, Estland und Lettland wurden lutherisch, Russland größtenteils orthodox, Polen und Litauen katholisch. Luthers Reformation schöpfte ihre Kraft aus ihrer Verknüpfung mit der Herausbildung der Zentralstaaten, die den größten Teil des kirchlichen Besitzes für den Aufbau des Staatswesens beschlagnahmten. Dieses Phänomen wiederholte sich im katholischen Deutschland, in Frankreich und in Italien in der revolutionären und napoleonischen Epoche um 1800.
41. Die unterschiedlichen „protestantischen“ Lehren hatten ein gemeinsames Interesse an der jüdischen Tradition, wie sie sich im Alten Testament der Bibel darstellte. Die Bibel wurde im 16. und 17. Jahrhundert von Protestanten in fast alle europäischen Sprachen übersetzt und bildete in den meisten Fällen die Grundlage der Alltagssprache dieser Sprachräume. So haben die griechisch-lateinische Grammatik und Stilistik die neuen verschrifteten und vereinheitlichten Sprachen zutiefst beeinflusst. Letztere waren eng mit der „Renaissance“ der Literatur und der Philosophie sowie dem politischen Gedankengut der griechisch-römischen Antike verbunden und erfuhren nun dank der Erfindung des Buchdrucks und der Entstehung eines allgemeinen Büchermarktes innerhalb aller europäischen Eliten eine rasche Verbreitung.
42. In den verschiedenen Ländern Europas waren unterschiedliche Klassen kulturell dominierend, wobei die spanische, die französische und die polnische Kultur weitgehend von den Idealen des Adels geprägt blieben, während in den Niederlanden, England und Schottland sowie Dänemark die Lebensweise des städtischen Bürgertums bestimmend war. Preußen und Russland waren Staaten, die vorwiegend auf der Grundlage einer effektiven und modernen militärischen Organisation beruhten.
43. Ausgehend von der rapiden Entwicklung des Wissens seit dem 17. Jahrhundert sowie der politischen und bürgerlichen Philosophie des 18. Jahrhunderts, des „Jahrhunderts der Aufklärung“, bildete sich ein neues Verständnis des Menschen und des Bürgers, gestützt auf die Werte des kritischen Verstandes und der Meinungs- und Gewissensfreiheit, heraus und führte zur Abschaffung der Privilegien des Klerus, des Adels, der Handwerksmeister, der Stadtrechte usw. Es fand seinen Ausdruck in Erklärungen „der Menschen- und Bürgerrechte“, die im Gegensatz zur Doktrin der Religion und der Unterwerfung des Menschen unter den Willen Gottes standen. Diese Entwicklung nahm mit einer Reihe von Revolutionen – in Frankreich ab 1789 – einen gewaltsamen Anfang und setzte sich dann mehr als ein Jahrhundert lang über

revolutionäre oder evolutionäre Prozesse fort. Es folgten, oft nur zögerlich, die neuen Gesetze, die die Gleichheit in Bezug auf das Erbrecht (anstelle der Vorrangstellung des Erstgeborenen) einführten, ebenso das Zugangsrecht zu öffentlichen Ämtern ohne Ansehen der Geburt, das Recht, bei Kommunal- und Parlamentswahlen zu wählen und gewählt zu werden. Die ersten Wahlen mit allgemeinem Wahlrecht fanden im revolutionären Frankreich statt. Die ersten Parlamentswahlen mit allgemeinem Wahlrecht einschließlich des aktiven und passiven Wahlrechts der Frauen wurden im Jahr 1907 im Großfürstentum Finnland durchgeführt.

44. Die Rivalität der Staaten, der Nationen und der Konfessionen war bereits kennzeichnend für das „Mittelalter“, erlangte jedoch mit den großen Kriegen des 16. Jahrhunderts weitaus größere Zerstörungskraft. Der Dreißigjährige Krieg in Deutschland im 17. Jahrhundert, die Kriege zwischen Frankreich, den Niederlanden und England, die Kriege Schwedens und Polens gegen Russland sowie untereinander, die Kriege Österreichs und Ungarns gegen die Türkei, die Kriege Spaniens in Italien, die ständigen dänisch-schwedischen, russisch-türkischen, französisch-britischen und anderen Auseinandersetzungen prägten die europäische Geschichte mehrere Jahrhunderte lang. Seit dem 18. Jahrhundert wurden Kämpfe auch um die Frage der Vormachtstellung in den Kolonien Ostindiens, Amerikas und in anderen Teilen der Welt geführt.
45. Bereits im Jahr 1648 entwickelten sich anlässlich des Westfälischen Friedens Formen, die das Führen von Verhandlungen zwischen Staaten ermöglichten; dies war der Ausgangspunkt für die moderne Diplomatie. Die Verhandlungen des Wiener Kongresses von 1814-1815 nach den Kriegen und der französisch-napoleonischen Herrschaft stellten die nächste bedeutende Etappe im politischen System Europas dar und garantierten trotz einiger gescheiterter Revolutionen und mehrerer kurzer Kriege eine lange Periode des Friedens sowie der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Charakteristisch für diese Zeit sind die Bedeutung der Primärbildung, die weitgehende Beseitigung des Analphabetismus, die Schaffung kultureller Institutionen und öffentlicher Museen, die zentrale Rolle der Musik, die Erschließung durch die Eisenbahn, der Einsatz der Dampfkraft in der Industrie und im Verkehr auch in Übersee und im sibirischen Asien sowie schließlich der Aufschwung der elektrochemischen Industrie.
46. Paris, London, Berlin, Sankt Petersburg, Wien und alle anderen Hauptstädte zogen im Verlauf der industriellen Revolution gewaltige Massen von Zuwanderern an und statteten sich mit großen Boulevards, Straßenbahnen, Heizungssystemen und Parks aus. Die die Städte umgebenden Mauern wurden abgetragen. Es gab in den Städten und auf dem Land viel soziales Elend. Später wurden Anstrengungen unternommen, um ein System der sozialen Sicherung einzuführen. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts manifestierte sich der zunehmende Druck von Seiten der Arbeiter in Form von gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen. Aber auch seitens der Unternehmer war der Wille vorhanden, Effektivität und Modernisierung der Produktion durch eine besser ausgebildete und gesündere Arbeiterschaft zu erreichen, d. h. eine Intensivierung der Herstellung zu bewirken und auf extensive Formen der Produktion zu verzichten.
47. Der wirtschaftlichen Entwicklung Europas kamen unter anderem die Vorteile des kolonialen Besitzes in Afrika und Asien zugute. Es herrschte eine ausgeprägte Rivalität speziell zwischen Frankreich und Großbritannien und zwischen Großbritannien und Russland sowie Deutschland und Österreich/Ungarn. Der Erste Weltkrieg 1914-1918 war in erster Linie ein äußerst zerstörerischer, Europa betreffender Krieg und mit seinen enormen Verlusten an Menschenleben der größte seit den Zeiten Napoleons.

48. Das Prinzip der Nation dominierte seit dem 19. Jahrhundert. Das Säkulum hatte sich einerseits im Zeichen des Internationalismus, des Kosmopolitismus entwickelt, andererseits war es erfüllt von nationalem Gedankengut. In dieser Zeit blühten mehrere neue Sprachen und Literaturen auf, die bislang als Mundart gegolten hatten. Das 19. Jahrhundert war eine Periode der liberalen und der nationalen Emanzipation, wobei beide Strömungen von der modernen Presse, der Herausbildung politischer Parteien und der bürgerschaftlichen Beteiligung in Verbänden und Vereinigungen profitierten.
49. Vorbild und Bezugspunkt der europäischen Moderne war Großbritannien. Das Vereinigte Königreich hatte sich weit vor anderen Großmächten zu einer modernen Industriegesellschaft entwickelt. Das traditionsreiche parlamentarische System bewies mehrfach seine institutionelle Belastbarkeit; die großen Konflikte konnten friedlich ausgetragen und eine evolutionäre Ausweitung der Staatsbürger- und Menschenrechte ausgehandelt werden. Die Londoner City war das Finanzzentrum der Welt, die britische Navy galt als unschlagbar, die Kolonialverwaltung als vorbildlich, der Lebensstil der „gentry“ als überlegen. Ein Symbol dieser Blütezeit Großbritanniens im 19. Jahrhundert war Königin Victoria (1837-1901).
50. Nahezu im gesamten 19. Jahrhundert wurde der Gedanke eines allgemeinen und dauerhaften Friedens diskutiert. Organisationen wie das Rote Kreuz und Intellektuelle wie der große französische Schriftsteller Victor Hugo waren hierbei führend. Organisationen zur Stärkung und Verbreitung des Friedensgedankens entwickelten sich. Im Jahr 1899 wurde auf Initiative des jungen russischen Zaren Nikolaus II. und dank einer Schenkung des amerikanischen Millionärs Andrew Carnegie ein Internationaler Gerichtshof in Den Haag eingerichtet und 1907 formal bestätigt. 1920 wurde dann der Völkerbund, der Vorläufer der heutigen Organisation der Vereinten Nationen gegründet, der allerdings deutlich stärker europäisch geprägt war als die UNO.

### **Das Europa der Weltkriege**

51. Das Jahr 1917 bedeutet für Europa eine Zäsur. Mit dem bolschewistischen Putsch in Russland entsteht im Osten eine Diktatur und zugleich ein alternativer Gesellschaftsentwurf. Die Utopie der sozialen Gleichheit gewinnt in vielen Ländern zahlreiche Anhänger. Der Ost-West-Konflikt beginnt. In seinem Kern ist er ein Kampf zwischen kommunistischer Diktatur und freiheitlicher Demokratie. In Russland selbst ringen die kommunistischen Truppen in den Jahren nach der Machtübernahme die Selbständigkeitsbestrebungen der nichtrussischen Völker nieder. Das Versprechen von Fortschritt und Gerechtigkeit ist seit den 1920er Jahren mit den Großmachtinteressen Sowjetrusslands verbunden, das von allen anderen Staaten als Gefahr betrachtet wird. Der Kommunismus setzt sich in keinem europäischen Land auf friedlichem und demokratischem Weg durch. Das Zeitalter der totalitären Ideologien endet erst mit dem Untergang der UdSSR im Jahre 1991.
52. Mit dem Waffenstillstand am 11. November 1918 endet der bis dahin blutigste Krieg in der Geschichte der Menschheit. Über zehn Millionen Tote sind zu beklagen. Die immensen Kriegsanstrengungen haben alle beteiligten Nationen bis zur äußersten Grenze belastet. Als direkte Folge des Kriegs gehen drei Dynastien unter: die Habsburger, die Hohenzollern sowie die Romanows. Die Landkarte Europas wird grundlegend umgestaltet. Gleichzeitig ist rasch erkennbar, dass der Erste Weltkrieg zu einer Selbstentmachtung der europäischen Großmächte führt. Vor allem in den

Kolonien verstärken sich die Unabhängigkeitsbestrebungen der indigenen Bevölkerungen.

53. Der Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 und die übrigen Pariser Vorortverträge stehen unter dem starken Einfluss von Woodrow Wilson, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Das nationale Selbstbestimmungsrecht wird zum Leitprinzip der Neuordnung Europas. Aus der Konkursmasse der drei untergegangenen Kaiserreiche entstehen Nationalstaaten, die in der Regel parlamentarische Demokratien sind. Teil der Versailler Friedensordnung ist die Völkerbundsatzung. Im Völkerbund finden sich die – wie es damals hieß – „zivilisierten Nationen“ zusammen. Er soll in erster Linie künftige Kriege verhindern. Weder das Deutsche Reich noch das bolschewistische Russland sind Gründungsmitglieder des Völkerbunds. Sie treten allerdings später bei, während die Vereinigten Staaten dem Völkerbund bis zu seinem formalen Ende im Jahre 1946 fernbleiben. Das Prinzip des Völkerbunds, ein System kollektiver Sicherheit zu schaffen, erfüllt die Hoffnungen nicht.
54. Die ethnische Durchmischung der neugegründeten Staaten in Mittel- und Osteuropa bleibt ein Problem, da der Traum vom ethnisch homogenen Nationalstaat noch immer bei den Führungseliten und vielfach auch bei den Mehrheitsbevölkerungen virulent ist. Der Minderheitenschutzvertrag vom 28. Juni 1919 ist eine direkte Reaktion auf die multiethnische Zusammensetzung Polens. Nationale Minderheiten stehen unter besonderem Schutz, der von den internationalen Unterzeichnerstaaten garantiert wird. Im direkten Gegensatz zu diesem Prinzip steht der Vertrag von Lausanne vom 24. Juli 1923, der unter Vermittlung des Völkerbunds zu Stande kommt. Er zielt zur Vermeidung zukünftiger Konflikte auf die Schaffung einer ethnisch homogenen Bevölkerung. Zur Lösung der Minderheitenprobleme zwischen Griechenland und der Türkei werden massenhafte Aus- und Umsiedlungen vorgenommen. Mindestens 1,5 Millionen Menschen verlieren ihre angestammte Heimat.
55. Der Sieg des Faschismus über die Demokratie in Italien ist ein Fanal für die Nachkriegszeit. Der von Benito Mussolini postulierte Totalitarismus ist ein anziehendes Beispiel für die extreme Rechte in anderen Ländern. Während sich die politische und wirtschaftliche Lage in West- und Mitteleuropa zur Mitte der 1920er Jahre stabilisiert, scheitern in dieser Zeit viele der parlamentarischen Demokratien im Osten des Kontinents. Autoritäre Regime werden zur dominanten Staatsform zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Mittelmeer. Die Verlierer des Ersten Weltkriegs – die „have-nots“ – betreiben eine Revisionspolitik, die gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrags gerichtet ist. Gleichzeitig versuchen die Siegermächte, die europäische Ordnung zu stabilisieren.
56. Als direkte Reaktionen auf den Ersten Weltkrieg werden organisatorische Anläufe unternommen, um eine grundlegende Veränderung des internationalen Systems zu erreichen. Der Briand-Kellog-Pakt von 1928 ist auf staatlicher Ebene der Versuch, Kriege zu ächten. Binnen eines Jahres treten 54 Staaten dem Pakt bei. Über die Gräben der ehemaligen Kriegskonstellation hinweg versuchen gesellschaftliche Kräfte zum Beispiel in der Paneuropabewegung, an ein gesamteuropäisches Verantwortungs- und Solidaritätsgefühl zu appellieren. Diese Elitenphänomene bleiben jedoch ohne Massenwirkung.
57. Die Weltwirtschaftskrise, die im Herbst 1929 von den Vereinigten Staaten ausgeht, beeinflusst die ökonomische, politische und gesellschaftliche Lage in Europa massiv. Der Kapitalismus scheint endgültig gescheitert, der Markt als Ordnungsfaktor



diskreditiert. Massenarbeitslosigkeit, sozialer Abstieg und Hunger werden erneut zu Grunderfahrungen der Europäer. In dieser scheinbar ausweglosen Situation gewinnen radikale Gegenentwürfe – von rechts und links – großen Zulauf. Der demokratischen Staatsform werden in weiten Kreisen der europäischen Gesellschaften Zukunftsfähigkeit und Problemlösungskompetenz abgesprochen.

58. Als schicksalhaft für den Kontinent erweist sich der Triumph der Nationalsozialisten unter Adolf Hitler im Deutschen Reich. Ihre Machtübernahme am 30. Januar 1933 ist eine wichtige Zäsur der europäischen Geschichte. Der Aufstieg der NSDAP von einer unbedeutenden Splitterpartei zur größten Fraktion im Deutschen Reichstag liegt in vielen Spezifika der deutschen Geschichte begründet, wobei die traumatische Niederlage im Ersten Weltkrieg, die massiven Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise sowie das Versagen der demokratischen Parteien als wesentliche Faktoren gelten. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt als deutscher Reichskanzler beginnt Hitler damit, die demokratische Staatsform zu eliminieren. Der Weg in die Diktatur des „Führerstaats“, in dem letztlich nur der Wille Adolf Hitlers zählt, wird in rasantem Tempo zurückgelegt. Die innere Konsolidierung des „Dritten Reichs“ ist bereits im Sommer 1934 abgeschlossen. Schon früh offenbart sich zudem der radikale Judenhass der Nationalsozialisten, der in den Nürnberger Rassegesetzen von 1935 seinen rechtlichen Niederschlag findet.
59. Ein Militärputsch, der im Juli 1936 vom Protektorat Spanisch-Marokko ausgeht, ist der Auftakt zu einem dreijährigen Bürgerkrieg in Spanien, der auf beiden Seiten mit äußerster Brutalität geführt wird. Die iberische Halbinsel wird zum Exerzierplatz der totalitären Diktaturen, während sich die demokratischen Großmächte – Frankreich und Großbritannien – für neutral erklären. Der Sieg Francisco Francos im Frühjahr 1939, der ohne deutsche und italienische Hilfe nicht zu Stande gekommen wäre, besiegelt die Zukunft Spaniens als rechtsgerichtete Diktatur, die erst in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nach dem Tod Francos endet.
60. Im Windschatten der Weltpolitik gelingt es Hitler, das Deutsche Reich aufzurüsten. Hitler forciert immer wieder internationale Krisen; die Westmächte – allen voran Großbritannien – setzen auf eine Beschwichtigungspolitik, um das nationalsozialistische Deutschland in eine europaweite Friedensordnung einzubinden. Der Höhepunkt der Beschwichtigungspolitik ist auf der Konferenz von München Ende September 1938 erreicht, als die kriegsunwilligen Briten und Franzosen einen demokratischen Verbündeten dem Expansionsdrang Hitlers opfern. Die Zerlegung der Tschechoslowakei entlang ethnischer Siedlungsgebiete ist ein Triumph für die Instrumentalisierung der Minderheitenfrage durch Adolf Hitler, der allerdings das Münchener Abkommen als schwere Niederlage empfindet, da er sein übergeordnetes Ziel – einen großen Krieg – nicht erreicht.
61. Die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs gelingt Adolf Hitler erst, nachdem er sich mit dem sowjetischen Diktator und ideologischen Todfeind Josef Stalin im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 arrangiert hat. Die beiden totalitären Diktaturen vereinbaren darüber hinaus in einem geheimen Zusatzprotokoll die Aufteilung ihrer Einflussphären in Mittel- und Osteuropa. Die vierte Teilung Polens sowie die Expansion der UdSSR in westliche Richtung sind wichtige Bestimmungen des Zusatzprotokolls.
62. Am 1. September 1939 beginnt mit dem Angriff der Deutschen Wehrmacht auf Polen der Zweite Weltkrieg. Zwei Tage später erklären Großbritannien und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg. Die polnischen Streitkräfte werden binnen vier Wochen

niedergeworfen. Abseits der Kampfhandlungen kommt es zu massiven Verbrechen gegen die polnische Zivilbevölkerung. Der deutsche Feldzug trägt bereits die Züge eines Vernichtungskrieges. Am 17. September 1939 greift die Rote Armee vereinbarungsgemäß Ostpolen an. Anfang Oktober 1939 erlischt der polnische Widerstand endgültig; das Land ist durch zwei totalitäre Diktaturen besetzt.

63. Während im Westen bis in das Frühjahr 1940 ein „Sitzkrieg“ („drôle de guerre“) geführt wird, geht die Sowjetunion aggressiv gegen ihre Nachbarstaaten vor. Im „Winterkrieg“ 1939/40 behaupten sich die Finnen mit Geschick und unter hohem Blutzoll; gleichwohl müssen sie große Territorien an die UdSSR abtreten. Im Sommer 1940 werden die drei baltischen Staaten durch die Rote Armee besetzt und als Sowjetrepubliken der UdSSR einverleibt.
64. Nach dem Sieg der Deutschen Wehrmacht über Frankreich im Mai und im Juni 1940 steht Adolf Hitler im Zenit seiner Macht. Lediglich Großbritannien unter seinem neuen Premierminister Winston Churchill setzt den Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur fort.
65. Bereits im Sommer 1940 laufen erste deutsche Planungen für den Rassen- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion an, der am 22. Juni 1941 beginnt. Dieser Weltanschauungskrieg wird auf beiden Seiten mit größter Brutalität und Rücksichtslosigkeit geführt. Die deutsche Besatzungspolitik in Russland ist von Menschenverachtung geprägt. Hinter der deutschen Front kommt es von Beginn des Feldzugs an zu Massakern an der Zivilbevölkerung; vor allem Juden sind das Ziel systematischer Tötungen.
66. Kurz nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion schließt Großbritannien ein Hilfs- und Beistandsabkommen mit der UdSSR; erst der japanische Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 und die deutsche Kriegserklärung am 11. Dezember 1941 machen die USA zur Kriegspartei.
67. Die deutsche Besetzung von großen Teilen Europas ist für viele Menschen eine traumatisierende Erfahrung. In allen besetzten Gebieten erheben sich Widerstandsgruppen gegen die deutsche Fremdherrschaft, zugleich ist das Phänomen der Kollaboration ebenfalls in allen besetzten Staaten anzutreffen.
68. Der Völkermord an den europäischen Juden ist ein Kernziel der nationalsozialistischen Politik. Die Entrechtung, Verfolgung und anschließende Ermordung der Juden erfolgt in mehreren Etappen. Am Ende dieser fürchterlichen Entwicklung stehen die Konzentrations- und Vernichtungslager. Insgesamt ermorden die Nationalsozialisten rund sechs Millionen Juden.

### **Europa seit dem Zweiten Weltkrieg**

69. Spätestens mit der äußeren Kriegswende durch die Schlacht um Stalingrad in Winter 1942/43 beginnen in den kriegführenden Staaten sowie bei den Exilregierungen die Planungen für die Zeit nach einem alliierten Sieg. London wird in diesen Jahren zu einem transnationalen Laboratorium für Ideen zur Gestaltung eines zukünftigen Europas. Allen Beteiligten stehen die Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg klar vor Augen. Vollständige Besetzung des besiegten Feindes und Vernichtung des vermeintlich deutsch-preußischen Militarismus sind zwei überragende Ziele der alliierten Politik. Rasch stellt sich heraus, dass die Zielsetzungen der Hauptalliierten allerdings kaum in Übereinstimmung zu bringen sind: Während die Sowjetunion bei

ihren territorialen Gewinnen der Jahre 1939 bis 1941 keine Abstriche machen will, setzen die Westalliierten auf das nationale Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Völker. Vor allem um das Schicksal Polens entbrennen heftige Kontroversen, bei denen sich Stalin in weiten Teilen durchsetzen kann. Polen wird – so beschließen die USA, Großbritannien und die Sowjetunion auf der großen Kriegskonferenz Anfang Februar 1945 in Jalta – nach Westen verschoben. Es gewinnt ehemals deutsche Territorien, während sich die Sowjetunion Ostpolen einverleibt.

70. Gleichzeitig einigen sich die „Großen Drei“ in Jalta auf die Gründung der Vereinten Nationen: Die ständigen Mitglieder im Weltsicherheitsrat erhalten ein absolutes Vetorecht. Damit ist sichergestellt, dass die Weltorganisation nicht mit Mehrheitsbeschlüssen gegen die führenden Großmächte vorgehen kann. Bis zum Ende des Ost-West-Konflikts sind die UN ein Schauplatz der ideologischen Konfrontation zwischen den beiden Blöcken.
71. Die Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember 1948 ist ein wichtiger Bezugspunkt für den Kampf gegen Unterdrückung und Rassismus. Sie bilden zudem das Fundament, auf dem das neue Europa aufgebaut werden soll.
72. Die Hauptlast des Kampfes gegen das nationalsozialistische Deutschland trägt die Rote Armee. Schon während der letzten Kriegsmonate stellt sich heraus, dass Stalin seine Truppen nutzt, um willfährige, kommunistische Machthaber in den Staaten Mittel- und Osteuropas zu installieren. Sein Ziel ist es, einen westlichen Satellitengürtel zu errichten. Aus dieser Perspektive gewinnt der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland, der am 8. beziehungsweise 9. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht formal besiegelt wird, ein doppeltes Gesicht: Während im Westen, dort wo die Westalliierten mit ihren Truppen einziehen, zweifelsohne von einem Tag der Befreiung gesprochen werden kann, stellt sich die Lage in Mittel- und Osteuropa grundsätzlich anders dar: Auch hier wird der Sieg über Deutschland als Befreiung gewertet, doch vermischt mit der Furcht vor einer neuen Diktatur.
73. Mit dem Ende der Kampfhandlungen, die allein in Europa über 50 Millionen Tote gefordert haben, setzt auf dem europäischen Kontinent eine Massenmigration ein. Mit 12 bis 14 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen – vornehmlich aus den deutschen Ostgebieten – stellt Deutschland die größte Gruppe. Während der Konferenz von Potsdam im Juli und August 1945 einigen sich die Hauptsiegermächte nicht nur über die Bevölkerungsverschiebungen, sondern auch über die Zukunft Deutschlands, das in vier Besatzungszonen aufgeteilt wird. Schon während der Konferenz wird allerdings sichtbar, dass die widerstrebenden Auffassungen der westlichen Siegermächte und der UdSSR oftmals nur durch Formelkompromisse übertüncht werden können.
74. In den westlichen Gesellschaften kommt es unmittelbar nach Kriegsende zu einem Linksruck. Sichtbarstes Zeichen dieser Entwicklung ist die Abwahl des siegreichen Kriegspremiers Winston Churchill im Juli 1945; er wird noch auf der Potsdamer Konferenz durch seinen Nachfolger von der Labour Party, Clement Attlee, ersetzt. Trotz dieser Verschiebungen in der politischen Landschaft herrscht bei den europäischen Kolonialmächten kein Zweifel an dem Willen, die durch den Krieg oftmals zusammengebrochene Herrschaft über die abhängigen Gebiete in Afrika und Asien erneut zu errichten. Rasch kommt es zum Beispiel in Niederländisch-Indonesien oder in Französisch-Indochina zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die sich zum Teil über die nächsten beiden Jahrzehnte hinziehen sollen.

75. Die ehemalige Reichshauptstadt Berlin und die österreichische Hauptstadt Wien sind in vier Zonen geteilt. Diese Metropolen symbolisieren die beginnende Teilung des Kontinents. Berlin bleibt einer der Brennpunkte der Supermächtekonfrontation. Gleichwohl entzündet sich der Kalte Krieg nicht im europäischen Zentrum, sondern an der Peripherie. Die amerikanische Außenpolitik unter Präsident Harry S. Truman schwenkt nach anfänglicher Zurückhaltung entschieden auf Konfrontation mit der Sowjetunion um. Die Eindämmung des sowjetischen Machtbereichs, welche letztlich auf der nuklearen Abschreckung beruht, bildet eine Konstante der amerikanischen Außenpolitik bis zum Ende des Ost-West-Konflikts.
76. Während die Sowjetunion in ihrem Machtbereich Regierungen nach stalinistischem Zuschnitt installiert, setzen die Westmächte auf die Demokratisierung Westdeutschlands. Die Teilung der Machtbereiche verläuft direkt durch Deutschland und zerschneidet den Kontinent. Churchills Wort vom „Eisernen Vorhang“ (5. März 1946) kennzeichnet die neue Situation. Kaum sechs Monate später plädiert Churchill in einer weiteren wegweisenden Rede (19. September 1946) für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Allerdings ziehen diese Visionen zunächst noch keine konkreten Ergebnisse nach sich.
77. Gleichwohl werden in diesen Jahren zahlreiche Institutionen gegründet, die sich für die Europa-Idee einsetzen. Getragen werden diese Ansätze zunächst von christdemokratischen Politikern bürgerlicher Herkunft wie Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi, Jean Monnet, Robert Schuman und Paul-Henri Spaak.
78. Wichtiger für die unmittelbare Zukunft ist das amerikanische „European Recovery Program“, das ab Mitte 1947 den europäischen Staaten die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Gesundung eröffnet. Gleichzeitig, und dies ist eine *conditio sine qua non* Washingtons, werden die Empfängerländer zur Kooperation genötigt. In rascher Folge entstehen supranationale Organisationen, welche die Aufbaumaßnahmen koordinieren. Demokratie und Marktwirtschaft sind Charakteristika dieser Periode im Westen.
79. Im Osten Europas stellt sich die Lage völlig anders dar: Unter Führung der UdSSR werden die Staaten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer einer forcierten Stalinisierung unterzogen. Widerstand wird mit brutaler Gewalt gebrochen; die Bevölkerung wird durch Geheimpolizei und Willkür terrorisiert. Die Deportation in sowjetische Lager (GuLag) ist eine gemeinsame Erfahrung der mittel- und osteuropäischen Oppositionellen, die nicht mit dem eingeschlagenen Kurs übereinstimmen. Parallel dazu schreitet der Wiederaufbau in den Staaten des Ostblocks voran; die schlimmsten Kriegszerstörungen werden schrittweise überwunden.
80. Der sowjetische Druck von außen schweißt die Nationen im Westen zusammen. Im Brüsseler Vertrag vom 17. März 1948 finden sich fünf westeuropäische Demokratien zusammen, um sich gemeinsam gegen eine mögliche Aggression aus dem Osten zu verteidigen. Auf britische Anregung werden auch die Vereinigten Staaten und Kanada gebeten, sich dem Verteidigungsbündnis anzuschließen. Am 4. April 1949 wird in Washington der NATO-Vertrag unterzeichnet. Etliche europäische Staaten bleiben neutral. Die NATO bildet bis heute das Rückgrat der europäischen Sicherheit.
81. Schon drei Monate zuvor haben die Staaten der Westunion den Europarat (28. Januar 1949) gegründet, der die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts fördern soll. Der Europarat nimmt die im Mai 1949 neugegründete Bundesrepublik Deutschland bereits im August 1950 als assoziiertes Mitglied auf. Am 18. April 1951 entsteht die Europäische Gemeinschaft für

Kohle und Stahl. Sie ist der Nukleus der europäischen Einigung und reduziert die traditionellen Rivalitäten zwischen Frankreich und Deutschland in Bezug auf die Schwerindustrie. In Westeuropa setzt nach dem Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 ein enormes Wirtschaftswachstum ein, das mit spezifischen Ausprägungen bis in das Jahr 1973 anhält. Diese Boomphase führt nicht nur zu einer Stabilisierung der westeuropäischen Gesellschaften, sondern bringt für viele Europäer erstmals Annehmlichkeiten für die Gestaltung des täglichen Lebens. Massenkonsum wird zum Signum der westlichen Industriegesellschaften.

82. Gleichzeitig ermöglicht diese Wachstumsphase den Ausbau der staatlichen Sozialleistungen. Der Wohlfahrtsstaat wird im Laufe der Jahrzehnte zu einem Teil der europäischen Identität. Er ist eine spezifisch europäische Errungenschaft und hat seinen Ursprung in Skandinavien. Der explosionsartige Geburtenanstieg nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stellt neue Anforderungen an die staatliche Infrastruktur. Der erforderliche Ausbau des Gesundheitswesens sowie der Bildungseinrichtungen verändert die westeuropäischen Gesellschaften. Jugendkultur wird zu einem gesellschaftlichen Phänomen; die Amerikanisierung der westeuropäischen Gesellschaften erfolgt in erster Linie durch die Jugendkultur.
83. Die bunte Vielfalt in Westeuropa steht in klarem Kontrast zu den Entwicklungen hinter dem „Eisernen Vorhang“. Bis zum Tod Stalins am 5. März 1953 hält der diktatorische Uniformitätsdruck mit unverminderter Intensität an. Während der Diadochenkämpfe um die Nachfolge des Diktators lockert sich der Zugriff der staatlichen Organe. Am 17. Juni 1953 zeigt die blutige Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR, dass die kommunistische Herrschaft im Ostblock letztlich auf den Bajonetten der Roten Armee ruht. Die Entstalinisierung, die vom neuen starken Mann im Kreml, Nikita S. Chruschtschow, seit Februar 1956 vorangetrieben wird, erschüttert den gesamten sowjetischen Herrschaftsbereich. Während die Krise in Polen eine politische Lösung findet, wird der ungarische Volksaufstand im November 1956 von der Roten Armee niedergewalzt; Tausende Ungarn sterben, Hunderttausende fliehen ins Exil.
84. Die Planwirtschaften in Mittel- und Osteuropa verzeichnen in den 1950er Jahren durchaus respektable Wachstumsraten. Die Versorgung der Bevölkerungen verbessert sich langsam. Gleichwohl fallen die Volkswirtschaften im Laufe der Jahre immer stärker hinter die Konkurrenz in Westeuropa zurück. Nur auf einem Gebiet ist die Technologie im Ostblock – allerdings vornehmlich in der UdSSR selbst – konkurrenzfähig und zum Teil führend: in der Waffentechnologie. Der Sputnik-Schock vom 4. Oktober 1957 erschüttert das westliche Selbstvertrauen und gibt dem triumphierenden Auftreten der sowjetischen Führung scheinbar ein Fundament in der Sache.
85. Nach dem Debakel Großbritanniens und Frankreichs in der Suez-Krise im Herbst 1956 verschärft sich die Entkolonialisierung nochmals. In den Kolonien setzen nationale Befreiungsbewegungen auf Waffengewalt, um die Fremdherrschaft durch den „weißen Mann“ zu brechen. Nach der Unabhängigkeit orientieren sich viele neugegründete Staaten an der Sowjetunion und bevorzugen den kommunistischen Modernisierungspfad. Das weltpolitische Gewicht der europäischen Mächte schwindet immer mehr.
86. Eine Reaktion auf diesen Bedeutungsverlust ist der Zusammenschluss zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der am 25. März 1957 in Rom feierlich besiegelt wird. Die EWG ist organisatorisch und rechtlich die Vorläuferorganisation der heutigen Europäischen Union. Die Idee, die hinter der EWG steht: die Mitgliedstaaten sollen so

stark verknüpft werden, dass sie untereinander strukturell kriegsunfähig werden. Und in der Tat verändert sich der Charakter der Politik unter den Mitgliedern: Trotz aller weiterhin fortbestehenden nationalen Empfindsamkeiten ist Krieg keine Option mehr.

87. Ein wichtiger Einschnitt in der Geschichte des Kalten Krieges in Europa ist der Mauerbau am 13. August 1961. Die Mauer wird zum Symbol der Teilung des Kontinents.
88. Nach der Stabilisierung in Europa verlagert sich der Brennpunkt des Kalten Krieges in die Dritte Welt. Die Aussöhnung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland – vorangetrieben von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer – ist eine wichtige Voraussetzung für die Vertiefung der europäischen Integration. Aus der institutionellen Integration ausgeschlossen bleiben zunächst die drei westlichen Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland.
89. Im Januar 1963 verhindert der französische Staatspräsident den Beitritt Großbritanniens zur EWG. Die Politik de Gaulles führt in den 1960er Jahren immer wieder zu schweren Krisen innerhalb der EWG. Gleichwohl gelingt es der Organisation, diese Krisen zu überwinden. Am 1. Juli 1967 vereinigen sich die drei europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Gemeinschaft (EG). Ein Jahr später tritt die Zollunion der EG in Kraft, welche die Binnenzölle für gewerbliche und industrielle Güter aufhebt. Die Anziehungskraft der EG steigt und steigert das britische Interesse an einem Beitritt, der am 1. Januar 1973 formell vollzogen wird. Gemeinsam mit Großbritannien unterzeichnen Dänemark, Irland und Norwegen die Beitrittsurkunde. In einer Volksabstimmung entscheiden sich die Norweger im September 1972 allerdings gegen einen Beitritt.
90. Das Jahr 1968 ist eine Zäsur in der Nachkriegsgeschichte Europas – in West und Ost. In den westlichen Gesellschaften begehren vor allem junge Menschen gegen das etablierte System auf. Der Aufruhr, der in Frankreich bis an den Rand eines Aufstandes führt, speist sich aus unterschiedlichen Quellen: Er ist unter anderem Generationskonflikt und Ausdruck des Kampfes gegen den amerikanischen Vietnamkrieg. Insgesamt vollzieht sich in diesem Zusammenhang eine Renaissance neo-marxistischen Gedankengutes.
91. Die gewaltsame Niederschlagung des Prager Frühlings durch Warschauer Pakt-Truppen im August 1968 ist ein Fanal für die weitere Entwicklung innerhalb des Ostblocks. Vor allem bei den Intellektuellen setzt ein Desillusionierungsprozess ein; der Kommunismus sowjetischer Prägung scheint unreformierbar und ideologisch erstarrt. Die Verkündung der Breschnew-Doktrin zementiert den unumschränkten Herrschaftsanspruch der UdSSR.
92. Ende der 1960er Jahre beginnt eine Ära, die durch herausragende Sozialdemokraten geprägt ist. Willy Brandt in der Bundesrepublik Deutschland, Bruno Kreisky in Österreich und Olof Palme in Schweden stehen für eine Liberalisierung in der Innenpolitik und für eine Entspannungspolitik mit der Sowjetunion. Vor allem der deutsche Bundeskanzler Brandt setzt mit seiner „Neuen Ostpolitik“ internationale Zeichen. Sein symbolischer Kniefall im Dezember 1970 vor dem Denkmal für den Aufstand im jüdischen Ghetto in Warschau wird zu einer Ikone der Zeit. Diese Entspannungsbemühungen, die ihren Höhepunkt in der Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE in Helsinki am 1. August 1975 finden, verändern den Kontinent. Die Sowjetunion wird von vielen Zeitgenossen nicht mehr als Bedrohung wahrgenommen; für viele Staatsmänner im Westen sind die Dissidenten, die sich für Freiheit und Menschenrechte in Osteuropa einsetzen, eher Störfaktoren der Entspannungspolitik.

93. Auf gesellschaftlicher Ebene setzt sich in den 1970er Jahren ein neues Lebensgefühl durch, das auch mit wachsendem Wohlstand und flächendeckender Motorisierung einhergeht. Der im Jahrzehnt zuvor begonnene Wertewandel erfasst nun große Teile der westeuropäischen Gesellschaften. Individualisierung und Selbstverwirklichung werden zu wichtigen Orientierungsmarken. Größere sexuelle Freizügigkeit wird zum Signum der Zeit. Lange Haare und kurze Röcke bestimmen das Straßenbild der europäischen Metropolen. Diese neuen Moden und Lebensweisen werden auch jenseits des „Eisernen Vorhangs“ rezipiert.
94. Gleichzeitig endet 1973 mit der so genannten Ölkrise die lange Boomphase der Industriestaaten. Die 1970er Jahre sind in Westeuropa von einer schweren Wirtschaftskrise gekennzeichnet (Stagflation), die mit dem Niedergang traditioneller Industrien einhergeht. Bergbau und Schwerindustrie werden zu strukturellen Verlierern. Ganze Regionen – zum Beispiel Nordengland, das Ruhrgebiet oder Lothringen – werden zu sozialen Brennpunkten mit hoher Arbeitslosigkeit. Andere Regionen profitieren von der Verlagerung auf den tertiären Sektor und die Mikroelektronik. Die moderne Dienstleistungsgesellschaft entwickelt sich mit großer Dynamik.
95. Gleichzeitig führt eine Reihe von Faktoren – darunter die Berichte des Club of Rome – zum Umdenken in Fragen des Wirtschaftswachstums und der ökologischen Folgen des Raubbaus an der Natur. In vielen westeuropäischen Staaten entstehen Bürgerinitiativen, die sich für eine saubere Umwelt und eine bessere Welt einsetzen. In einigen Ländern kommt es zu großen gesellschaftlichen Umbrüchen. „Grüne“ Parteien entstehen zumeist aus Bürgerinitiativen und linken Basisgruppen.
96. Sowohl die strukturellen Verschiebungen in den westeuropäischen Volkswirtschaften als auch die Hinwendung zur Ökologie gehen an den Staaten im sowjetischen Herrschaftsbereich vollständig vorbei. In den 1970er Jahren verlieren die Staaten hinter dem „Eisernen Vorhang“ endgültig den technologischen Anschluss an den Westen. Auf dem Feld der Computertechnologie beschleunigt sich die Entwicklung im Westen rasant.
97. Doch diese Entwicklungen sind Mitte der 1970er Jahre noch nicht klar absehbar. Im Gegenteil: In Italien und in der Bundesrepublik Deutschland wird der Staat fundamental durch linksradikale Terroristen herausgefordert. Der Kampf gegen den Terrorismus mit rechtsstaatlichen Methoden ist eine große Herausforderung, welche die politischen Systeme schwer belastet.
98. Im Süden Europas kommt es Mitte der 1970er Jahre zu demokratischen Transformationsprozessen. In Griechenland bricht 1974 das Obristen-Regime zusammen, im gleichen Jahr endet auch die portugiesische Diktatur. Ebenso wie in Spanien ein Jahr später werden die Diktaturen durch parlamentarische Demokratien abgelöst. Die „Nelkenrevolution“ in Portugal 1974 beendet zudem die Kriege in Afrika; Portugal entlässt als letzter Staat Europas seine Kolonien Angola und Mosambik in die Unabhängigkeit. Nach dem Tod des Diktators Franco am 20. November 1975 ist der friedliche Übergang von der Diktatur zur Demokratie in Spanien ein vielfach beachtetes Phänomen und strahlt auf die Ereignisse in den Ostblockstaaten Ende der 1980er Jahre aus.
99. Diese Demokratisierungsprozesse machen perspektivisch den Weg frei für den EG-Beitritt der beiden südeuropäischen Staaten, der zum 1. Januar 1986 erfolgt. Bereits am 1. Januar 1981 ist Griechenland der EG beigetreten.

100. 1979 wird erstmals das Europäische Parlament gewählt, das sich im Juli 1979 konstituiert. Die zunächst noch recht begrenzten Rechte des Parlamentes werden schrittweise erweitert.
101. In der Weltpolitik kühlen sich die Beziehungen zwischen West und Ost massiv ab. Die Auseinandersetzungen um die NATO-Nachrüstung, die als Reaktion auf die Stationierung sowjetischer SS-20 Raketen am 12. Dezember 1979 beschlossen wird, sowie der sowjetische Einmarsch in Afghanistan Weihnachten 1979 führen zu neuen Spannungen. Vor diesem Hintergrund führen Versorgungsschwierigkeiten in Polen zu einer Streikwelle. Unter Leitung von Lech Walesa wird mit der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarnosc“ erstmals im Ostblock dem Führungsanspruch der kommunistischen Partei offen widersprochen. Der mutige Anlauf in Danzig wird auf spiritueller Ebene unterstützt vom polnischen Papst Johannes Paul II., der seit 1978 im Amt ist. Die Lage in Polen verschärft sich. Als einzigen Ausweg sieht die neue Staats- und Parteiführung die Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981.
102. Die bewusste Forcierung der ideologischen Konfrontation durch den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan stößt in der UdSSR auf großes Misstrauen und auf heftige Gegenwehr. Gleichzeitig stellt das neue amerikanische Selbstvertrauen auch die NATO vor eine Zerreißprobe. Die Stationierung der Mittelstreckenwaffen der NATO im Jahre 1983 führt zu einer bis dahin ungekannten gesellschaftlichen Mobilisierung.
103. Gleichzeitig ist erkennbar, dass die UdSSR in der Spätphase der Breschnew-Ära in eine Periode der Erstarrung gerät, die auch unter seinen beiden Nachfolgern nicht aufgebrochen werden kann. Erst die Amtsübernahme von Michail Gorbatschow im März 1985 eröffnet neue Möglichkeiten. Glasnost und Perestroika werden zu neuen Zielen der sowjetischen Politik. Die gesellschaftlichen Umgestaltungen finden vor allem in den nichtrussischen Teilen der Sowjetunion Resonanz. Auch in den Staaten des Ostblocks verändern sich die Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien und den jeweiligen Völkern. Insgesamt ist ein Erosionsprozess des kommunistischen Herrschaftswillens zu erkennen. Gleichzeitig gelingt es nicht, den wirtschaftlichen Niedergang im sowjetischen Machtbereich zu beenden. Die Planwirtschaften sind den komplexen Herausforderungen eines modernen Wirtschaftslebens immer weniger gewachsen. Die Havarie im Kernreaktor Tschernobyl am 26. April 1986 fordert nicht nur zahlreiche Opfer, sondern ist zudem ein Fanal für die Rückständigkeit der sowjetischen Technologie.
104. Im Westen stehen die 1980er Jahre im klaren Gegensatz zu den Entwicklungen im Ostblock. Trotz mancher Anpassungsschwierigkeiten entwickeln sich der Dienstleistungssektor und die Mikroelektronik zu Garantien für eine neue Aufschwungphase. Der Siegeszug des Personal Computers beginnt. Mitte der 1980er Jahre vereinbaren die Mitgliedstaaten der EG den weiteren Ausbau der gemeinsamen Institutionen. Die Grundlagen für die spätere Europäische Union werden in diesen Jahren gelegt.
105. Das Jahr 1989 wird zu einem Epochenjahr der europäischen Geschichte. Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 ist ein weltpolitisches Ereignis und ein Fanal für die Zukunft. Die Herrschaft der UdSSR sowie der kommunistischen Parteien in den Ländern geht – mit der Ausnahme von Rumänien – gewaltlos zu Ende. Dieser Prozess – die „Refolution“ – verändert den Kontinent nachhaltig. Friedliche Volksbewegungen erzwingen mit ihren Demonstrationen die Abdankung der kommunistischen Herrscher. Anders als in den 1950er und 1960er Jahren interveniert die UdSSR nicht. Der Übergang zu demokratischen Verhältnissen wird in den meisten Staaten des Ostblocks



durch Verhandlungen erreicht. Die neuen Staaten kehren in das Fahrwasser ihrer Nationalgeschichten zurück.

106. Anders ist es im Sonderfall DDR. Am 3. Oktober 1990 erfolgt die Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland, die in erster Linie mit der Rückendeckung von US-Präsident George H. W. Bush durch Bundeskanzler Helmut Kohl vorangetrieben wird. Die Ausstrahlungswirkung des Nationalen wirkt auch auf die Sowjetunion selbst, die zu zerfallen beginnt. Ehemalige Nationalstaaten wie Estland, Lettland und Litauen erstehen neu und knüpfen an ihre lange Geschichte an. Am 25. Dezember 1991 wird die Rote Fahne zum letzten Mal über dem Kreml eingeholt. Das territorial deutlich reduzierte Russland wird Rechtsnachfolger der Sowjetunion. Zwischen 1990 und 1993 treten acht mittel- und osteuropäische Staaten dem Europarat bei.
107. Die Renaissance des Nationalstaates führt in einigen Teilen der westeuropäischen Öffentlichkeit zur Verwirrung. Die Zielperspektive der Entwicklung der Europäischen Union, die mit dem Vertrag von Maastricht im Februar 1992 besiegelt wird, gerät in die Diskussion. Bald ist klar, dass ein europäischer Bundesstaat unter den veränderten Bedingungen nicht im Bereich des politisch Erreichbaren liegt. Zugleich markieren der Maastrichter Vertrag und insbesondere der Amsterdamer Vertrag mit der Einführung beziehungsweise Ausweitung der Mitentscheidung für das Europäische Parlament in der europäischen Gesetzgebung ein Schritt hin zur Parlamentarisierung in der Europäischen Union.
108. Gleichzeitig brechen nach dem Ende des Kalten Krieges neuerlich Konflikte auf, die in ihrem Kern auf nationale Minderheiten zurückgehen. Dass dies nicht nur ein Problem in Mittel- und Osteuropa ist, belegen die Dauerkonflikte zum Beispiel um Nordirland, um das spanische Baskenland oder auf Korsika. Die ehemalige Tschechoslowakei spaltet sich zum 1. Januar 1993 friedlich in zwei Staaten; die beiden Nachfolgestaaten bilden eine Zollunion. Der Zerfall Jugoslawiens hingegen bringt nicht nur Krieg auf dem europäischen Kontinent, sondern auch hunderttausendfaches menschliches Leid. In den Kriegen spielt das institutionelle Europa eine blamable Rolle. Organisatorische Selbstblockaden und militärisches Unvermögen tragen zur Verlängerung von kriegerischen Auseinandersetzungen bei. Erst die Übernahme der Führungsrolle durch die Vereinigten Staaten von Amerika kann der ersten Phase der Kämpfe ein Ende setzen (Abkommen von Dayton am 14. Dezember 1995). Bis zum heutigen Tag stehen europäische Truppen im ehemaligen Jugoslawien, um die Waffenruhe zu kontrollieren.
109. Die Erweiterung der EU beschleunigt sich. Am 1. Januar 1995 treten Finnland, Österreich und Schweden bei. Im Dezember 1997 wird die Osterweiterung der EU vorangetrieben und rechtlich formalisiert. Gleichzeitig werden weitreichende Veränderungen vorgenommen: Das Zweite Abkommen von Schengen am 26. März 1995 beschließt den Wegfall von Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen. Die Einführung des EURO als Zahlungsmittel in ausgewählten Staaten der EU zum 1. Januar 2002 verstärkt die Vernetzung der nationalen Volkswirtschaften. Gleichzeitig ist erkennbar, dass in vielen EURO-Ländern – vor allem in der Bundesrepublik Deutschland – die Wertschätzung der nationalen Währungen noch immer tief verwurzelt ist.
110. Die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA sind der Beginn eines neuen weltpolitischen Kapitels. Die terroristische Bedrohung durch den militanten Islamismus erfasst auch Europa. Die Anschläge in Madrid (11. März 2004) und London (7. Juli 2005) zeigen, dass auch Europa im Visier islamistischer Terrororganisationen steht. Der Krieg gegen den Irak unter US-Präsident George W. Bush entzweit den Kontinent.

Während zum Beispiel Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland eine aktive Teilnahme ablehnen, entsenden Großbritannien und Spanien sowie Staaten aus Ostmitteleuropa Truppenkontingente.

111. Am 1. Mai 2004 kommt es zum größten Beitrittsschub in der Geschichte der EU. Mit zehn neuen Mitgliedern – Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern – erhöht die EU ihre Mitgliedszahl auf 25. Die Spaltung des Kontinents ist endgültig überwunden. Die Beitrittsländer gehören zu den Netto-Empfängerländern und profitieren in vielfältiger Weise von der EU.
112. Am 1. Januar 2007 treten dann noch Bulgarien und Rumänien bei. Gegen die große Osterweiterung regt sich in den „alten“ EU-Staaten vielfach Widerstand. Kritiker befürchten zum einen eine Renationalisierung der europäischen Politik und zum anderen eine Verwässerung des Standes der Integration. Gleichzeitig trägt die Beitrittsperspektive zur Stabilisierung der schwierigen und mit Härten verbundenen Transformationsprozesse in den jeweiligen Staaten bei.

### **Fragen an die europäische Zukunft**

113. Die Zukunft der Europäischen Union ist offen. Weder ist die Zielperspektive klar noch herrscht Einigkeit über die Grenzen der EU. Der abschließende Abschnitt der Ausstellung sollte lediglich Fragen formulieren, damit den Besuchern die Offenheit der Lage klar wird. Zugleich ermöglicht diese Herangehensweise, auch kurzfristig auf neue Entwicklungen zu reagieren.
114. Mögliche Fragen an die Besucher:
  - Ist eine weitere Vertiefung der EU möglich? Wie soll auf die Abstimmungsniederlagen der EU-Verfassung reagiert werden? Ist der Vertrag von Lissabon ein tragfähiger Kompromiss?
  - Wann wird die Erweiterung der EU beendet sein? Kann die Türkei Vollmitglied der EU werden?
  - Wie kann das Demokratiedefizit der EU überwunden werden?
  - Warum kann die EU keine wirkliche Begeisterung unter den Bevölkerungen in den Mitgliedstaaten hervorrufen?
  - Wie kann die EU die strukturelle Schwäche in militärischen Fragen, in der Außenpolitik generell überwinden?
  - Wie kann die EU auf den alle Mitgliedstaaten erfassenden demographischen Wandel reagieren? Ist verstärkte Immigration ein probates Mittel?
  - Sind die unterschiedlichen Traditionen zur Ausgestaltung des europäischen Sozialmodells zu harmonisieren?
  - Wie sieht die Zukunft der EU aus: Entwickelt sie sich zur Föderation, zum Staatenbund oder zum Bundesstaat?

## **Ausblick**

115. Der Sachverständigenausschuss übergibt diese konzeptionellen Grundlagen für ein Haus der Europäischen Geschichte dem Präsidenten des Europäischen Parlaments.
116. Nach der Diskussion in den zuständigen Gremien und der Herbeiführung der erforderlichen politischen Grundsatzbeschlüsse ist es unerlässlich, einen qualifizierten Aufbaustab einzusetzen. Ihm obliegt die Realisierung der zu beschließenden institutionellen und inhaltlichen Grundlagen. Der Sachverständigenausschuss empfiehlt, durch politische Grundsatzbeschlüsse, die entsprechenden Aufsichts- und wissenschaftlichen Begleitgremien für das Haus der Europäischen Geschichte zu bilden.



## **Die Mitglieder des Sachverständigenausschusses**

Włodzimierz Borodziej (PL), Professor für Moderne Geschichte, Universität Warschau

Giorgio Cracco (IT), Professor für Kirchengeschichte, Universität Turin

Michel Dumoulin (BE), Professor für Geschichte, Katholische Universität Löwen in Louvain-la-Neuve

Hans Walter Hütter (DE), Professor, Präsident der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Bonn

Marie-Hélène Joly (FR), Generalkonservatorin, stellvertretende Direktorin der Direktion für Geschichte, Kulturerbe und Archive, Französisches Verteidigungsministerium

Matti Klinge (FI), Emeritierter Professor für nordische Geschichte, Universität Helsinki

Ronald de Leeuw (NL), Professor, ehemaliger Direktor des Rijksmuseum Amsterdam

António Reis (PT), Professor für Geschichte, Neue Universität Lissabon

Mária Schmidt (HU), Direktorin des Museums „Haus des Terrors“ in Budapest

